

Expertenhearing:

Der Amalgamkrieg geht weiter

Fünfzig Experten trugen vor einer Kommission des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte am 9. Dezember 1994 ihre Meinung zu Amalgam vor. Lesen Sie hier über das Expertenhearing und die Pressekonferenz.

aufgrund dieser temporär erhöhten Quecksilberkonzentration haben sich hingeworfen bisher nicht ergeben.

In einer öffentlichen Expertenanhörung am 9. 12. 94 ließen die Berliner Institutsbeamten ca. 50 Vertreter verschiedener Gruppen zu Wort kommen und jeweils ein Fünf-Minuten-Statement zu den drei Kernfragen abgeben:

1. Ist ein Ausstieg aus der Amalgamtherapie in absehbarer Zeit möglich?
2. Welche Alternativ- oder Ersatzmaterialien zum Amalgam bieten sich mittelfristig an?
3. Welche Forschungen sind notwendig, um einen beschleunigten Ausstieg aus der Amalgamtherapie zu ermöglichen?



Soll Amalgam allen Patienten zugänglich bleiben oder nicht? Eine weitere Einschränkung bedeutet für die Zahnärzte jedoch das „Aus“. Experten berieten in Berlin und stellten sich der Presse. Von li. nach re.: Prof. Dr. Klaus Ott, DGZ, Prof. Dr. Halbach, Pharmakologe, Dr. Peter Kuttruff, 2. Vors. der KZBV, Frau Günter, BIAM, Dr. Tamara Zinke, BIAM, Prof. Dr. Alfred Hildebrandt, Präsident des BIAM, Dr. Max Daunerer, Prof. Dr. Drasch, Dr. Koch, IGZM, Ellen Karl, Beratungsstelle für Amalgamvergiftungsfälle und Klaus Sperl, Verband der Metallgeschädigten. Fotos: Priehn-Küpper

Das Nachfolgeamt des Bundesgesundheitsamtes, das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BIAM), hat sich immer noch nicht entschieden, wie das Schicksal von Amalgam aussehen wird. In den letzten Monaten hatte die Berliner Behörde gedroht, die Indikation des seit Jahrhunderten bewährten Zahnfüllstoffes weiterhin dahin zu beschränken, daß er (bei Schwangeren und) gebärfähigen Frauen nicht mehr Verwendung finden soll.

Zu Wort kamen Repräsentanten der Wissenschaft, so Toxikologen, Werkstoffkundler aus dem In- und Ausland, der Präsident der DGZMK Prof. Dr. Gottfried Schmalz, sowie Prof. Dr. Elmar Reich für die Arzneimittelkommission Zahnärzte und andere. Diese Referenten machten in ihren Ausführungen deutlich, daß es derzeit weltweit keinerlei wissenschaftlich belegte Untersuchung gäbe, die eine Toxizität von Amalgam bestätigt und damit einen „Amalgamausstieg“ rechtfertigen

Foetenschädigung durch Amalgamfüllung?

Gestützt wurde die Absicht durch eine Untersuchung von Prof. Dr. Drasch, der in einer Ende vergangenen Jahres veröffentlichten Untersuchung eine in Abhängigkeit von der Zahl der vorhandenen Amalgamfüllungen bei der Mutter erhöhte Quecksilberbelastung bestimmter Gewebe nachgewiesen hat. Hinweise auf eine mögliche Gesundheitsgefährdung von Kleinkindern

würde. „Denn eine weitere Indikationseinschränkung in einer wie auch immer gearteten Weise ist einem 'Aus' gleichzusetzen“, so Dr. Wolfgang Srekels, Vizepräsident der Deutschen Zahnärzte. „Und wir Zahnärzte könnten dann vor unseren Patienten nicht rechtfertigen, warum ein 9jähriges Mädchen die glänzende Füllung erhält, sie aber für ihre 14jährige Schwester zu gefährlich ist!“ Srekels machte dem Auditorium die Probleme des Praktikers deutlich, warnte vor weiteren Indikations-Einschränkungen und sprach noch einmal aus, was im Amalgamstreit schon oft gesagt war: „Wir wünschen uns nichts sehnlicher als eine Alternative, aber solange diese nicht da ist, können wir unter

anwesenden Wissenschaftler, daß auch die z. Z. von den naturheilkundlich orientierten Zahnärzten favorisierten Komposite und Keramikkleber toxikologisch nicht unbedenklich sind, werden von ihnen strikt abgelehnt.

„Schaffen Sie das Gift sofort ab!“

Dr. Koch, 1. Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Ganzheitliche Zahnmedizin, verwendet in seiner Praxis seit ca. 12 Jahren kein Amalgam, sondern weicht seiner Aussage nach mit gutem Erfolg auf Keramiken und Komposite aus. In einer parallel verlaufenden Pressekon-

Meinung bilden und müssen Patientenbeobachtungen sowie viele nicht unbedingt wissenschaftlich unterlegte Behauptungen gegen eine Reihe wissenschaftlich fundierte an einem großen Patientengut durchgeführte toxikologische Untersuchungen abgleichen.

Sie müssen einen Weg suchen, der dem Patienten nicht schadet und vor allem der dem Zahnarzt ermöglicht, seine Patienten nach wie vor lege artis und nach ethischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimal zu versorgen. Das Bundesinstitut wird, wie Dr. Tamara Zinke und Prof. Alfred Hildebrandt deutlich machten, nach weiterer Anhörung von Vertretern mehrerer Nachbarländer sowie den USA und Ka-



den derzeitigen vertragszahnärztlichen Bedingungen in der Praxis nicht auf Amalgam verzichten“. Die DGZMK unterstützt diese Meinung, würde aber einem Amalgamausstieg aus reinen Umweltaspekten, wie auch Dänemark und Schweden es in den nächsten Jahren planen, durchaus akzeptieren. Allerdings erst dann, wenn die Patientenversorgung für alle Teile zufriedenstellend geregelt ist.

Ausstieg nur wegen Umwelt vertretbar

Dr. Peter Kuttruff, 2. Vorsitzender der KZBV, sieht die Hauptproblematik in unserem GKV-geprägten System. Die hierin geregelte Unflexibilität behindert eine zwischen Zahnarzt und Patient freiere Entscheidung über die Wahl einer geeigneten Therapieform im individuellen Fall.

Hingegen fordern Vertreter der „Gegenseite“, wie Dr. Dauderer, Tox Center e. V., München, die Regierung auf, das „Gift“ sofort zu verbannen. Einwände der

ferenz ging er auf die Frage, wie seine GKV-Patienten mit diesem Vorgehen zu recht kommen, den Journalisten aus dem Weg. Sowohl in der Expertenanhörung als auch in der Pressekonferenz ließen die Vertreter des BIAM unter Vorsitz von Prof. Dr. Alfred Hildebrandt keinerlei Emotionalität zu. Zwischenrufe von betroffenen Patienten oder Vertretern von Selbsthilfegruppen sowie einer Heilpraktikerin wurden sofort auf das Wesentliche verwiesen.

Vom BIAM erwartete und angekündigte „Busladungen“ von amalgamgeschädigten Patienten blieben aus. Die in der Vorhalle aufgebauten Übertragungsbildschirme erwiesen sich bei den insgesamt etwa hundert Anwesenden als überflüssig, ab 13.00 Uhr leerte sich der Saal zusehens. In der Anhörung aller Statements als auch in der Pressekonferenz wurde deutlich: Eine Einigung über Toxizität und Nichttoxizität des Werkstoffes ist zwischen den verschiedenen Gruppen nicht zu erzielen. Die Vertreter des Berliner Bundesinstitutes müssen sich nun ihre

nada eine Entscheidung herbeiführen und diese nach gewissenhafter und gründlicher Abwägung aller Aspekte, und ohne das Wohl des Patienten dabei aus den Augen zu verlieren, so bald wie möglich treffen.

Susanne Priehn-Küpper

Handwritten notes at the bottom of the page:
 Prof. Hildebrandt...
 Aufnahmestelle für...
 Prof. Dr. Alfred Hildebrandt...
 Frau Ellen...
 Tel. 030 884 150...
 8 1207...
 030 884 150...
 Dr. Alfred Hildebrandt...
 zm 85, Nr. 1, 1. 1. 1995. (23)
 D 70 500 -